

KLIMA KOMPAKT



Bericht des Earth Policy Institutes

Hurrikan Katrina: Evakuierte sind nun Klimaflüchtlinge

Interview mit Lars Josefsson, Chef des Energieunternehmens
Vattenfall

"Wird der Markt das Klima retten?"

Informelles Ministertreffen zum Klimawandel in Kapama Lodge,
Südafrika

Diskussion über die Architektur eines zukünftigen Klimaregimes

Frage aus dem Himalaya

Seit wenigen Tagen bin ich aus Indien zurück, wo ich im Himalaya eine der hässlichen Fratzen des Klimawandels zu sehen bekam. Die gesamte Hochkultur Laddakhs mit ihren gutmütigen Menschen und Klöstern auf mehr als 3500 m Höhe scheint gefährdet. Sie beruht fast ausschließlich auf durch Gletscherwasser gespeiste Oasen in der Steinwüste des Himalayas. Da es kaum regnet, wächst außerhalb der Oasen sogut wie nichts. Doch die wasserspendenden Gletscher schrumpfen Jahr für Jahr - mit zunehmender Geschwindigkeit. In Kashmir füllen sie jetzt schon einen Monat früher als üblich die Flüsse. Bei ungebremstem Klimawandel sind die Gletscher in wenigen Jahrzehnten verschwunden.

In den Tälern Nordindiens hängt die Landwirtschaft für mehrere hundert Millionen (!) Menschen in der Trockenzeit aber stark vom Gletscherwasser ab.

Ich versprach betroffenen Menschen, folgende Frage an die deutsche Bundeskanzlerin weiterzugeben, die Ende August in Grevenbroich-Neurath den Grundstein für das von RWE gebaute größte Braunkohlekraftwerk der Welt legte: **Werden Sie sich an den Kosten für die Umsiedlung der betroffenen Menschen beteiligen oder gar einige Millionen nach Deutschland aufnehmen?**

Christoph Bals

Bericht des Earth Policy Institutes

Hurrikan Katrina: Evakuierte sind nun Klimaflüchtlinge

Das Earth Policy Institute betrachtet die Menschen, die nach Katrina ins Inland geflohen sind, als die erste große Bewegung von Klimaflüchtlingen. Es diskutiert dabei auch die Rolle von steigenden Versicherungsprämien.

Germanwatch übersetzt Auszüge des vom Earth Policy Institute veröffentlichten Berichts "Global warming forcing U.S. coastal population to move inland" von Lester R. Brown.

"Diejenigen von uns, die die erste große Bewegung von Klimaflüchtlingen im Süd-Pazifik vermuteten, in einem Abwandern von der Insel Tuvalu oder anderen niedrig gelegenen Inseln, lagen falsch. Die erste massive Bewegung von Klimaflüchtlingen war die der Bewohner der Golfküste der USA.

Der Hurrikan Katrina, welcher sich letztes Jahr im August ereignete, trieb eine Million Menschen aus New Orleans und den kleinen Städten am Mississippi und der Louisiana-Küsten dazu, ins Inland zu ziehen. (...) Rekord-Temperaturen im Oberflächenwasser des Golf von Mexiko trugen dazu bei, den Hurrikan Katrina zu dem finanziell zerstörerischsten Hurrikane aller Zeiten zu machen. (...) Selbst heute, ein Jahr später, verfügen große Teile New Orleans immer noch nicht über grundlegende Infrastruktur-Dienstleistungen, wie Wasser, Strom, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr und Telekommunikation. (...) Bis Juli 2006 haben New Orleans, die drei Küstengemeinden Louisianas und die drei Länder des Mississippi insgesamt 375.000 Bewohner wegen der Zerstörung durch Katrina verloren. (...) Wir schätzen, dass mindestens 250.000 von ihnen sich andernorts niedergelassen haben und nicht zurückkehren werden. Sie möch-

ten sich nicht länger mit dem mit der steigenden See und den zerstörerischen Stürmen verbundenen persönlichen Trauma und den finanziellen Risiken konfrontieren. Diese Evakuierten sind nun Klimaflüchtlinge. (...) Die American Psychological Association vermerkt, dass viele der Sturm-Opfer unter einem posttraumatischen Stresssyndrom leiden. (...)

In Zukunft wird es in den durch Hurrikane gefährdeten Küstenregionen des US-amerikanischen Südostens mit Schwierigkeiten verbunden sein, eine Eigentumsversicherung zu bekommen. Als Folge der letzten zwei Hurrikan-Jahre (...), stiegen die Versicherungskosten an und private Versicherungsgesellschaften zogen sich aus den Hochrisiko-Gebieten der Küsten zurück. (...) Als Antwort darauf riefen Regierungen in zu Hurrikanen neigenden Staaten (...) staatlich unterstützte Versicherungsgesellschaften für Hausbesitzer ins Leben, die sich nicht privat versichern konnten. Floridas staatlicher Versicherer, Citizens Property Insurance Corporation, hatte 2004 ein Defizit von \$516 Millionen zu verzeichnen. (...) Im Endeffekt müßten die Raten in dem Maße steigen, wie die Risiken steigen. Dies betrifft nicht bloß die Eigentumsversicherung, sondern ebenso Firmen, die sich gegen Verluste durch Geschäftsunterbrechung absichern wollen. (...) Einige Unternehmen (...) der besonders schwer getroffenen Regionen (...) sind bereits in sicherere Gebiete gezogen. (...)

Der Strom von Klimaflüchtlingen zählt heute Tausende. Wenn wir nicht schnell die CO₂-Emissionen reduzieren, könnte er Millionen zählen."

Quelle: www.earth-policy.org/Updates/2006/Update57.htm

Interview mit Lars Josefsson, Chef des Energieunternehmens Vattenfall

"Wird der Markt das Klima retten?"

Lars Josefsson, der Chef des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall, ruft zum Engagement gegen den Klimawandel auf. Josefsson betont die Gefährdung einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung durch die Folgen des Klimawandels. In einem globalen Emissionshandel sieht er keine zwangsläufige Belastung für die Wirtschaft, sondern vielmehr Chancen für Innovation und Investition.

Germanwatch bringt ein leicht gekürztes Interview mit Lars Josefsson aus dem Focus vom 14. August, geführt von Jürgen Schönstein.

Focus: Sie haben kürzlich mit Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger, dem britischen Premierminister Tony Blair und Topmanagern der Wirtschaft über die Bekämpfung des Klimawandels diskutiert. Sind Unternehmer wirklich in der Lage, sich mit diesen Problemen ernsthaft zu befassen?

Josefsson: Unbedingt! Denn es ist in ihrem ureigenen Interesse, den Klimawandel zu bekämpfen. Ich werbe zurzeit bei meinen Kollegen in den Energieunternehmen für eine globale Wirtschaftsinitiative zu dieser Frage.

Focus: Für einen Spitzenmanager eines Energiekonzerns ist es ungewöhnlich, den globalen Klimawandel nicht nur zu akzeptieren, sondern sogar ausdrücklich als ein von Menschen verursachtes Problem zu bezeichnen.

Josefsson: Anhand der aktuellen Forschungsergebnisse kann man zu keinem anderen Schluß kommen. Ich finde es frustrierend, welche Schwierigkeiten Unternehmensführungen damit haben, sich diesem Problem zu stellen. Ich sehe unmittelbare Folgen, die der Klimawandel für unser Geschäft haben wird. In den kommenden 10 Jahren könnte das sogar eine globale

Rezession auslösen.

Focus: Selbst von extremen Wetterphänomenen hat die Energiewirtschaft doch eher profitiert. (...)

Josefsson: Das waren kurzfristige Effekte, Schockreaktionen der Märkte. (...) Eine nachhaltige und stabile wirtschaftliche Entwicklung ist die beste Voraussetzung für den Erfolg von Energieunternehmen. aber gerade diese langfristige Stabilität sehe ich durch den Klimawandel gefährdet.

Focus: Wollen Sie dieses Problem technisch lösen?

Josefsson: Es gibt schon heute viel versprechende Ansätze. Vattenfall hat in der Lausitz mit dem Bau einer Pilot-Anlage für das weltweit erste CO₂-freie Braunkohlekraftwerk begonnen. (...) Was wir heute brauchen ist ein Globales Regelwerk zur Emissionsbegrenzung. Wir haben einen Vorschlag unterbreitet, in dem wir dies für die kommenden 100 Jahre vorgerechnet haben. (...)

Focus: Ihr Vorschlag setzt voraus, dass man einen Grenzwert für die globale Umweltbelastung finden kann. (...) Wie soll die Einhaltung dieses Grenzwerts geregelt werden?

Josefsson: Wir müssen uns auf einen globalen Preis für Emissionen verständigen.

Focus: Und das würde Emissionen eindämmen und die Wirtschaft nicht zu stark belasten?

Josefsson: Ein funktionierender Handel wird die Begrenzung der Treibhausgas-Emissionen zu den geringsten Kosten bringen. Ein Marktpreis ist intelligent und flexibel. Würden wir statt dessen eine Steuer von beispielsweise 20 Dollar einführen, könnten wir weder sagen, ob dieser Preis richtig ist, noch, ob wir das Ziel wirklich erreichen. Im Übrigen glaube ich nicht, dass ein globaler Emissionshandel die Wirt-

schaft belasten muß; vielmehr würde er Innovation und Investition beflügeln.

Focus: Der Markt rettet das Klima - wie soll das funktionieren?

Josefsson: Über Angebot und Nachfrage. Das Angebot wird knapp, wenn man einen weltweiten Höchstwert für Emissionen festlegt und dann entsprechend die Emissionsrechte an Staaten verteilt. Unser Vorschlag sieht vor, dass dies am fairsten auf der Basis des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts pro Kopf geschehen könnte.

Focus: Wogegen die Drittweltländer protestieren, weil sie sich dadurch in ihrer Entwicklung behindert sehen.

Josefsson: Wir schlagen vor, dass die ärmsten Länder erst einmal keinerlei Emissionsbeschränkungen unterliegen, bis sie selbst ein gewisses Wohlstandsniveau erreicht haben. Um die reichen Länder nicht über Gebühr zu belasten, wollen wir die Auflagen zur Emissionsreduzierung auf eine maximale Rate begrenzen. Wenn zu schnell zu viel reduziert werden muß, bricht die Wirtschaft ein. (...)

Fokus: Wie stark würden die Energiekosten in Ihrem Modell steigen?

Josefsson: Bei dem europäischen Handelssystem haben wir gesehen, dass Zertifikatkosten von 20 Euro pro Tonne CO₂ mit etwa zwölf Euro pro Megawattstunde - oder 1,2 Cent pro Kilowattstunde - auf den Großhandelspreis für Strom durchschlagen. Für einen Privathaushalt, bei dem staatliche Abgaben und Netzkosten mehr als die Hälfte der Stromrechnung ausmachen, sollte sich dies nur mit wenigen Prozenten bemerkbar machen. Gesellschaftlich betrachtet, sind diese Kosten niedriger als die Kosten, die ein ungezügelter Klimawandel mit sich bringt.

Informelles Ministertreffen zum Klimawandel in Kapama Lodge, Südafrika

Diskussion über die Architektur eines zukünftigen Klimaregimes

Derzeit wird international in verschiedenen Foren und Treffen um die Zukunft des internationalen Klimaregimes nach 2012 gerungen. Das informelle Zusammentreffen von Ministern aus 22 Ländern - ein Nachfolgetreffen des „Grönland-Dialoges“ - lieferte hierzu einen wichtigen Diskussionsbeitrag.

Germanwatch übersetzt Auszüge der Zusammenfassung des Treffens, das vom 17. bis 21. Juni stattfand.

"Das ökonomische Argument für sofortiges Handeln gewinnt an Wichtigkeit. (...) Viele Minister betonten, dass ein sofortiges Handeln neue Wettbewerbsvorteile auf längere Sicht bringen könnte. (...) Die Tatsache, dass ein verspätetes Handeln die Investitionen erhöhen könnte, die sowohl für die CO₂-Verminderung als auch für die Anpassung benötigt werden; und der Bedarf an kurzfristigen Investitionen in längerfristige Technologien, ermöglichen es umfangreiche Reduktionen finanziell tragbar zu machen. (...)

Die Minister bestätigten nochmals, dass wir auf der Basis von Gleichheit und gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten voranschreiten müssen. (...) Gleichzeitig wurden Differenzen bezüglich der Architektur des zukünftigen Klimare-

gimes sichtbar. Ein Konzept balanciert ein Bündel aus Politiken nachhaltiger Entwicklung, Technologien, Finanzierungen und Anpassungsmaßnahmen mit strengeren Vorgaben für Annex-I-Staaten. Ein anderes Konzept strebt danach, die Vorgaben auf eine größere Menge von Ländern auszuweiten, möglicherweise durch sektorale Ansätze. (...) Beide Konzepte müssen weiter erforscht werden und mögliche Brücken zwischen ihnen könnten den Hintergrund unserer Diskussionen bilden. Dies könnte unser gemeinsames Verständnis einer möglichen zukünftigen Architektur des Regimes fördern. (...) Die Minister waren der Auffassung, dass die Implementierung von Anpassungsmaßnahmen hoher Dringlichkeit notwendig ist und räumten das Problem der Finanzierungsbereitstellung ein, zumal diese derzeit um zwei oder drei Größenordnungen kleiner ausfällt als erforderlich. Versicherungen und Co-Finanzierungen stellen zwei mögliche Mittel dar, um den Finanzierungsumfang zu erhöhen. Die Minister diskutierten die Ankurbelung nationaler und regionaler Anpassungsmaßnahmen, sowie deren kooperative Umsetzung. Besonderes Interesse galt Projekten, die sowohl CO₂-Verminderungs- als auch Anpassungsziele verfolgen. (...) Ver-

schiedene Anreizkonzepte wurden untersucht; Verknüpfungen zwischen Anreizen und Märkten, positive Anreize, um Emissionen durch Entwaldung (...) zu reduzieren, die Identifizierung eines klimafreundlichen Teils von neuen und steigenden ODA-Niveaus und die Aufnahme positiver Anreize in etablierte Entwicklungsziele. (...) Die zentrale Frage ist die der Lastenverteilung (...). Sowohl innerhalb des Nordens, als auch zwischen Nord und Süd wird das Prinzip aufrecht erhalten, dass die Lastenverteilung proportional zur Verantwortlichkeit verlaufen muß. (...) Die Minister äußerten Interesse in der Entwicklung und dem Austesten einer Reihe von Optionen (...) Derartige Optionen könnten nationale Politiken nachhaltiger Entwicklung und Programme beinhalten, technologisch unterstützt und ermöglicht durch die Finanzwirtschaft. Anpassung wird ein Kernelement sein müssen, um jedem Maßnahmenpaket Ausgeglichenheit zu verschaffen. (...) Die Bedeutung des Einbezugs des Privatsektors in die Klimaverhandlungen betonend, schlugen die Minister ein Treffen von Finanz-, Entwicklungs- und Umweltministern noch vor der COP 13 vor. (...)"

Quelle: http://unfccc.int/files/application/pdf/20060626_indaba.pdf

Redaktion

Sven Harmeling (V.i.S.d.P.), Johanna Below, Dr. Manfred Treber, Christoph Bals, Dr. Gerold Kier

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:
www.germanwatch.org/kliko

Gefördert vom
Bundesministerium für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung



Bundesministerium für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit
und Entwicklung